

## **1) TOP Einwohnerfragen**

---

### **Karlstraße – öffentliche Toiletten und Verunreinigungen bei Veranstaltungen**

Frau Schnerr ist verärgert, dass die breite Einfahrt zu ihrem Wohnhaus an der Karlstraße bei Festen in der Innenstadt in der Vergangenheit immer wieder als Öffentliche Toilette genutzt werde. Bei städtischen Veranstaltungen habe sich bereits eine Regelung mit dem Kulturamt gefunden. Zwei aufgestellte Bauzäune verhindern den Zugang zur Hofeinfahrt. Bei der diesjährigen Fasnacht habe sie mit eigenen Absperrmaßnahmen und aktivem Einwirken auf die Fasnetbesucher das Betreten des Grundstücks zu verhindern versucht. Sie merkt an, dass auch andere Innenstadtgrundstücke wie z.B. bei der Hofapotheke als öffentliche Toilette von Fasnetbesuchern missbräuchlich genutzt werden.

Frau Schnerr erkundigt sich, welches Amt zuständig sei und Sorge trägt, dass zukünftig auch bei Fasnachtsveranstaltungen in der Innenstadt Bauzäune aufgestellt werden. Sie besteht darauf, dass die die Verwaltung hier entsprechend tätig wird.

Oberbürgermeister Pauly weist darauf hin, dass es sich bei dem Verhalten der Veranstaltungsbesucher um eine zivilrechtliche Angelegenheit handle und die Verwaltung daher keine Handhabe sehe. Er sagt der Anwohnerin aber zu, dass die Anfrage innerhalb der Verwaltung weitergegeben und geprüft werde und wo ein Entgegenkommen möglich sei.

Frau Schnerr macht weiter darauf aufmerksam, dass die Anzahl der Öffentlichen Toiletten in der Innenstadt bei Veranstaltungen nicht ausreiche. Die Beschilderung und Wegweiser seien zudem zu klein. Sie regt an, diese sichtbarer und größer anzubringen.

Auf den Hinweis, dass Unrat und leere Schnapsflaschen nach der Fasnacht nicht umgehend geräumt werden, entgegnet Oberbürgermeister Pauly, dass die Straßenreinigung durch die Technischen Dienste wegen der Sichterschwernisse in der Nacht nicht möglich sei.

## **2) TOP 4-007/24 Fürstenberg-Gymnasium / Erweiterung mit Doppelgarage - Vorstellung Projekt**

---

Oberbürgermeister Pauly ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Amtsleiter Unkel führt in die Sitzungsvorlage ein und ergänzt, bei der Sanierung des Fürstenberg Gymnasiums seien bereits vorhandene Garagen aufgegeben worden.

### Beschluss:

1. Die Ausführungen zum Bedarf von weiterer Lagerfläche werden zur Kenntnis genommen.

2. Dem Abbau der Stahl-Garage und Ersatz bzw. Erweiterung durch eine neue Doppel-Garage wird zugestimmt.

(14 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

### **3) TOP 9-003/24 Wiesenstraße / Pfohren - Vorstellung Varianten für Neubau Brücke über Entenbach**

---

Oberbürgermeister Pauly ruft den Tagesordnungspunkt auf und begrüßt Herrn Marius Schöndienst, Ingenieurbüro Breinlinger.

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage ein.

Herr Schöndienst erläutert anhand der Präsentationen, die der Niederschrift beigelegt sind, den Zustand der Entenbachbrücke. Er weist darauf hin, dass die letzte Brückenprüfung im Jahr 2021 erfolgt sei. Die Prüfung habe eine Note von 3,4 ergeben, was bedeute, dass etwas unternommen werden müsse. Eine Sanierung der bestehenden Brücke sei technisch und wirtschaftlich nicht mehr möglich, daher werde ein Ersatzneubau notwendig. Hierzu stellt Herr Schöndienst drei Varianten vor. Für den Neubau seien künftig Gehwege auf beiden Seiten der Brücke ein Gehweg vorgesehen. Wegen der bereits sehr geringen Durchflussmöglichkeit unter der Brücke sei es notwendig, möglichst viel Raum für den Durchfluss zu schaffen, was jedoch Einschränkungen bei den Ausführungsvarianten bedeute.

Auf Rückfrage von Stadtrat Lind bezüglich der Bauzeit bzw. –dauer entgegnet Herr Schöndienst, hier entscheide die Wahl der Variante. Die Gehwege seien nicht für den Radverkehr ausgelegt.

Stadtrat Lienhard fragt an, ob eine breite Ausführung der Brücke möglich sei, um den Durchfluss zu erhöhen.

Herr Schöndienst informiert, dass dieses wegen der unmittelbar angrenzenden privaten Grundstücke, die teilweise auch eine Bebauung aufweisen, nicht möglich ist. Zudem liege die Brücke in einem Kreuzungsbereich.

Stadtrat Lienhard merkt an, er halte die Dimensionierung der Brückenteile für zu groß. Seiner Meinung könnten mit einer kleineren Ausführung Kosten eingespart werden. Daher spricht er sich dafür aus, dass die Ausschreibung technologieoffen erfolgen sollte, um auch alternative Ausführungsvarianten angeboten zu bekommen.

Herr Schöndienst antwortet, die Planung halte sich an die Regelungen der Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen und Richtlinien für Ingenieurbauten (ZTV-Ing) halte, auch wenn diese durch Kommunen nicht verpflichten einzuhalten sei.

Stadtrat Lienhard ist der Meinung, dass die ZTV-Ing nicht angewendet werden solle, wenn dies nicht verpflichtend ist. Durch die Abweichung von der ZTV-Ing könnten Kosten gespart werden, die an anderer Stelle gut gebraucht werden könnten. Zudem sei die Anwendung der ZTV-Ing in diesem Fall nicht angemessen.

Die Stadträte Durler, Wild und Vetter sprechen sich in Ihren Stellungnahmen ebenfalls für eine technologieoffene Ausschreibung aus.

Ortsvorsteher Feucht fragt an, wie lange die Bauzeit sein wird.

Herr Schöndienst kalkuliert mit drei bis vier Monaten im Sommer, da auch Schonzeiten für das Gewässer berücksichtigt werden müssen.

Fraktionssprecher Blaurock gibt zu bedenken, dass mit einer geringeren Bauteilstärke auch eine größere Durchflussbreite erreicht werden könne. Er spricht sich ebenfalls für eine technologieoffene Ausschreibung mit für den Standort der Brücke angemessenen Vorgaben aus.

Oberbürgermeister Pauly ist der Meinung, dass es nicht notwendig sei auf die Einhaltung einer Vorschrift zu bestehen, wenn diese gar nicht verpflichtend sei. Trotzdem müsse die Brücke den Anforderungen standhalten. Eine technikoffene Ausschreibung hält er für möglich, so dass abschließend entschieden werden könne, welche Variante umgesetzt werde.

Herr Schöndienst ergänzt, dass die Zulassung von Alternativangeboten möglich sei. Für die weitere Planung und Vorbereitung der Ausschreibung müsse man jetzt jedoch eine Variante gewählt werden.

Stadtrat Lienhard vertritt die Ansicht, dass die Beschlussziffern 2 und 4 ersatzlos gestrichen werden könnten und beschlossen werden sollte, dass auch Alternativangebote möglich sind. So könnten dann die Mittel entsprechend für den Haushalt 2025 eingeplant werden.

Nach kurzem Austausch schlägt Oberbürgermeister Pauly vor, die Ziffer 2 des Beschlussvorschlags mit der Formulierung „wobei Sondervorschläge (auch nach den Varianten 2 und 3) zulässig sein sollten“. Und in der Beschlussziffer 4 die Worte „der gewählten Variante“ zu streichen.

Beschluss:

1. Die Informationen zum Zustand der Brücke in der Wiesenstraße über den Entenbach werden zur Kenntnis genommen.
2. Der Neubau der Brücke soll entsprechend der vorgestellten Variante 1 weiterverfolgt und ausgeführt werden, wobei Sondervorschläge (auch nach den Varianten 2 und 3) zulässig sein sollen.
3. Das Ingenieurbüro Breinlinger Ingenieure, Tuttlingen, wird mit der weiteren Planung und Ausschreibung für den Neubau der Brücke beauftragt.
4. Der Haushaltsansatz für das Jahr 2025 wird entsprechend angepasst. Eine mögliche Förderung aus Mitteln des LGVFG soll weiterverfolgt werden.

(14 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

#### **4) TOP 4-010/24 Feuerwehrgerätehaus Pfohren / Neubau - Vergabe Architektenleistung**

---

Oberbürgermeister Pauly ruft den Tagesordnungspunkt auf und führt in die Sitzungsvorlage ein.

Stadtrat Lienhard meldet sich zu Wort und berichtet, dass es sich um regional verwurzelte Planungsbüros handle, die Angebote abgegeben haben, obwohl europaweit ausgeschrieben wurde. Er möchte wissen, ob bestimmte Planungsbüros von vorne herein ausgeschlossen wurden.

Amtsleiter Unkel erklärt, dass die Entscheidung durch ein Losverfahren gefallen sei. Es wurde dabei aus 20 gleich bewerteten Architekturbüros ausgelost, die alle aus Baden-Württemberg stammten.

Auf Rückfrage von Stadtrat Vetter antwortet Amtsleiter Unkel, die Beauftragung erfolge ab Leistungsphase 3. Es könne auf die bereits bestehende Planung des Architekturbüros Hauptvogel aufgesetzt werden. Das Gremium habe damals beschlossen, diesen Planungsvorschlag weiterzuverfolgen.

Fraktionssprecher Blaurock erkundigt sich, ob sie die Honorarangebote alle im Rahmen der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) bewegt haben.

Amtsleiter Unkel entgegnet, ein Angebot habe deutlich unterhalb der HOAI gelegen. Dieses sei jedoch beim Losentscheid nicht zum Zuge gekommen.

#### Beschluss:

Das Architekturbüro Alexander Schmid, Donaueschingen, wird mit der Architektenleistung für den Neubau des Feuerwehrgerätehauses in Donaueschingen-Pfohren beauftragt.

(14 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

#### **5) TOP 9-002/24 Brigachweg / Fußweg zum Donauzusammenfluss - Vorstellung Planung, Aufhebung Sperrvermerk und Projektbeschluss**

---

Oberbürgermeister Pauly ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Amtsleiter Monien führt in die Sitzungsvorlage ein. Er erläutert kurz die Überlegung zur Planung. Der Vorschlag für die Beleuchtung solle einer Verbesserung der Verkehrssicherheit dienen und gleichzeitig ein gestalterisches Element mit blauen Akzenten setzen. Gleichwohl könne über die Beleuchtung in diesem Außenbereich nachgedacht werden, selbst wenn eine naturschutzverträgliche Umsetzung möglich sei.

Stadträtin Bronner begrüßt die Planung des Fußwegs, spricht sich jedoch gegen die Beleuchtung aus, da abends bzw. in der Dunkelheit dort keine Fußgänger in Richtung Donauzusammenfluss unterwegs seien. Zudem halte sie die Beleuchtung aus naturschutzrechtlicher Sicht nicht für sinnvoll. Für die Fraktion „Die GRÜNEN“ beantrage sie daher eine getrennte Abstimmung über die Beleuchtung.

Stadtrat Lienhard geht davon aus, dass der Kostenansatz von 150.000 € nicht auch noch für die Beleuchtung ausreiche und erkundigt sich, ob in dem Budget auch ein Konzept für die Steuerung der Beleuchtung berücksichtigt sei.

Stadtrat Wild erkundigt sich nach dem Beginn des Fußwegs und ob dieser asphaltiert ausgeführt werden solle.

Amtsleiter Monien erklärt, der Fußweg solle nach dem Mitarbeiterparkplatz des Rückgrats beginnen. Es sei eine Ausführung in Asphalt geplant. Der Kostenansatz sei zwar sehr knapp kalkuliert, beinhalte aber die Möglichkeit einer Dimmung für die Beleuchtung.

Stadtrat Vetter findet es sinnvoll, die Beleuchtung gleich mit der Baumaßnahme auszubauen und nicht erst später zu dann möglicherweise höheren Kosten.

Stadtrat Horst Hall regt an, eine intelligente Steuerung der Straßenbeleuchtung einzubauen. Das könne evtl. auch als Pilotprojekt gestaltet werden.

#### **Antrag Fraktion „Die Grünen“:**

Am geplanten Fußweg zum Donauzusammenfluss soll keine Straßenbeleuchtung gebaut werden. (2 Ja, 12 Nein, 0 Enthaltungen – abgelehnt)

#### Beschluss:

1. Der Technische Ausschuss nimmt die vorgestellte Planung zur Kenntnis und stimmt der Umsetzung zu.
2. Der Technische Ausschuss hebt den Sperrvermerk bei der Maßnahme „Neuanlage Fußweg vom Parkplatz zum Donauzusammenfluss“, Co. 7 541091 000 20, SK 7872 000 (Ansatz 150.000,-- €) auf.
3. Der Technische Ausschuss fasst den Projektbeschluss zur Umsetzung der Maßnahme.

(14 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

#### **6) TOP 4-008/24 Städtische Gebäude / Umsetzung Dachbegrünung bzw. Gründach - Donauhallen**

---

Oberbürgermeister Pauly ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Amtsleiter Unkel führt in die Sitzungsvorlage ein und hebt die Wichtigkeit der Dachbegrünung für das Regenwassermanagement hervor.

Stadtrat Horst Hall vertritt die Ansicht, dass es zum Anstand gehöre, die Begrünung auf städtischen Gebäuden voranzutreiben, da auch bei privaten Bauvorhaben zunehmend eine Dachbegrünung vorgeschrieben werde.

Stadtrat Roland Erndle erkundigt sich, ob das Hochbauamt statische Prüfungen selbst durchführe.

Amtsleiter Unkel erklärt, dass in den Bauakten des Bauverwaltungsamtes teilweise statische Berechnungen vorhanden seien, auf die zurückgegriffen werden könne. Je nach Gebäude (z.B. Erich-Kästner-Schule) seien aber noch statische Prüfungen durchzuführen.

Stadtrat Wild regt an, es sei auch eine Möglichkeit, Ziegelbedachungen von Gebäuden zu entfernen und durch Begrünungen zu ersetzen. Damit könne auch Geld bei der Niederschlagswassergebühr gespart werden. Die Stadt könnte hier ein gutes Vorbild für die Bürger sein. Er drängt darauf, dass die Verwaltung die Umsetzung der Begrünung von Flachdachgaragen strenger kontrolliere und auf eine Umsetzung drängen müsse.

Stadtrat Vetter vertritt die Meinung, dass die Summe von 80.000 € alternativ auch für zusätzliche Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden eingesetzt werden könne, da dies gewinnbringender sei. Er beantragt daher, die Summe von 80.000 € anstatt für die Dachbegrünung zum Bau einer Photovoltaikanlage auf einem städtischen Gebäude zu verwenden.

Fraktionssprecher Blaurock erinnert aufgrund des Antrags von Stadtrat Vetter auf einen Antrag der SPD-Fraktion, welcher beinhaltete auf allen städtischen Gebäuden Photovoltaikanlagen zu installieren und die Mittel dazu entsprechend für den Haushalt anzumelden. Mit dem heutigen Antrag würde dem eigenen Antrag der SPD-Fraktion widersprochen.

#### **Antrag der SPD-Fraktion:**

Statt einer Dachbegrünung soll die Summe von 80.000 € für den Bau einer Photovoltaikanlage auf einem städtischen Gebäude verwendet werden.

(3 Ja, 11 Nein, 0 Enthaltungen – Antrag abgelehnt)

#### Beschluss:

1. Die Ausführungen zu Dachbegrünungen bzw. Umwandlung Dächer in Gründächer werden zur Kenntnis genommen.
2. a) Mit Errichtung der PV-Anlage wird das Dach der Donauhallen begrünt.  
  
b) Die Verwaltung wird beauftragt, künftig vor geplanten Dachsanierungen bzw. Montage von PV-Anlagen zu prüfen, ob sich die Dachfläche zur Umwandlung in ein Gründach eignet.

3. Für die Umwandlung des Daches der Donauhallen (Seminarbereich und Strawinsky Saal) in ein Gründach werden die noch verfügbaren Mittel aus der Vergabe PV-Anlage 2024 verwendet.

(14 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

## **7) TOP Mitteilungen der Verwaltung**

---

### **Jahresabschlüsse 2023 - Eigenbetriebe**

Oberbürgermeister Pauly teilt mit, dass bei der Prüfung der Jahresabschlüsse 2023 der drei Eigenbetriebe eine externe Hilfe durch die Steuerberatungsgesellschaft Schillermann und Partner AG beauftragt werde.

## **8) TOP Anfragen und Anträge aus dem Gemeinderat**

---

Es werden keine Anfragen oder Anträge aus dem Gemeinderat gestellt.